

Kreis-Anzeiger

LOKALES NIDDA

Niddas Stadtverordnete befürworten Kooperation mit anderen Kommunen

Von *ihm* vor 8 Stunden

Jetzt teilen:



Ab Oktober müssen die Kommunen den Verkauf des Holzes aus ihrem Stadtwald selbst regeln. Nidda will deshalb mit anderen Städten und Gemeinden eine Holzverkaufsorganisation gründen.



Gefälltes Holz liegt zum Abtransport bereit. Die Stadt Nidda will mit anderen Kommunen aus der Wetterau und dem Main-Kinzig-Kreis eine Holzverkaufsorganisation gründen. Archivfoto: Sauer

Jetzt teilen:



NIDDA - Die Stadt Nidda will sich gemeinsam mit anderen Kommunen an einer Holzverkaufsorganisation beteiligen. Dies beschlossen die Stadtverordneten während ihrer jüngsten Sitzung im Bürgerhaus.

Bernd Schoeps, Vorsitzender der Fraktion Bürger-Liste (BL) blickte eingangs auf eine Info-Veranstaltung des Forstamtes Nidda zurück. Dabei seien Wege erläutert worden, wie die Gründung einer möglichst schlagkräftigen Holzvermarktungsgesellschaft (HVO) gelingen könne. Einige Stadtverordnete von BL und CDU hätten an der Veranstaltung teilgenommen, die Fraktionen wollten nun einen gemeinsamen Antrag formulieren: Der Magistrat soll umgehend alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um bis spätestens Ende September die Vermarktung des Holzes aus dem Stadtwald einer HVO zu übertragen. Das Gebiet dieser Gesellschaft umfasst demnach Wetterau- und Main-Kinzig-Kreis. Schoeps: "Mit dieser Maßnahme setzen wir ausdrücklich ein Signal. Denn nur eine möglichst große regionale Holzverkaufsstelle ist in der Lage, stabile Verkaufspreise zu erzielen." Der BL-Sprecher ging auf die Vorgeschichte ein: Das Bundeskartellamt hatte ein Veto gegen die Vermarktung Holzes aus kommunalen Wäldern durch den Landesbetrieb Hessen-Forst eingelegt. Nach Auffassung des Kartellamts sei dies ein Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht. Das hessische Umweltministerium entschied deshalb, Hessen-Forst diese Aufgabe ab Oktober 2019 nicht mehr ausführen zu lassen. Jedenfalls gilt dies, wenn eine Kommune einen Wald von über 100 Hektar Größe hat. "Es ist absolute Eile geboten", betonte Schoeps. Das Ministerium unterstütze die Gründung solcher Gesellschaften mit 200 000 Euro, sofern sie folgende Bedingungen erfüllen: Sie besitzen zusammen mehr als 10 000 Hektar Wald und können jährlich mindestens 40 000 Festmeter verkaufen. Die vom Forstamt Nidda vorgeschlagene Vorgehensweise sollte die Stadt nach Ansicht von BL und CDU unterstützen. "Man mag

die Situation bedauern. Trotzdem sind alle hessischen Kommunen kurzfristig gefragt, das Heft in die Hand zu nehmen."

Wie Christine Jäger (SPD) erklärte, habe Rathauschef Hans-Peter Seum (parteilos) bereits mitgeteilt, in intensiven Gesprächen mit Bürgermeistern anderer Kommunen zu sein. Die Inhalte des Antrags seien bereits ausgehandelt und Konsens. "Daher verstehen wir den Antrag nicht wirklich." Das Thema zeige nach Ansicht der SPD im Übrigen eine typische Vorgehensweise der schwarz-grünen Landesregierung. "Ein gut organisiertes Holzvermarktungswesen wird künstlich zerschlagen, um es an die unterste Ebene zu delegieren. Wir vor Ort haben wieder das Problem, uns um die Lösung zu kümmern", sagte Jäger. Die SPD sei ebenfalls dafür, zu handeln. Denn es mache Sinn, die Holzvermarktung in bewährten Händen zu belassen. Das sei aber nur dann der Fall, fuhr Jäger fort, wenn das Forstamt Nidda die Betreuung des Waldes behalte und eine gemeinsam betriebene HVO den Holzverkauf übernehme. Jäger wies auf Bestrebungen einzelner Kommunen hin, einen eigenen Weg zu gehen. Den Antrag sehe ihre Fraktion mithin lediglich als Signal, solidarisch zu sein und sich zu beteiligen.

Marcus Stadler (Grüne) widersprach der Kritik Jägers. Ministerin Priska Hinz (Grüne) habe nur Bundesrecht umgesetzt. Stadler bezweifelte die Notwendigkeit des Antrags. "Sollten wir nicht auf eine Magistratsvorlage warten, bis alle Gespräche abschließend geführt sind? Wie Till Neumann (CDU) erklärte, sei eine Eigenbeförderung beim Stadtwald Nidda ausgeschlossen. Dazu sei die Fläche mit 560 Hektar nicht groß genug. "Wir müssen Kooperationen eingehen. Deshalb wollen wir ein Zeichen für andere Kommunen setzen. Wir halten eine HVO für sinnvoll, um bessere Chancen auf dem Holzmarkt zu haben."